

**Rede
des Fraktionsvorsitzenden**

Grant Hendrik Tonne, MdL

zu TOP Nr. 2, 3 und 4 – Unterrichtung/Abschließende Beratungen

Krise bei Volkswagen

Unterrichtung der Landesregierung / Antrag der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/5323 / Antrag der
Fraktion der CDU - Drs. 19/5393

während der Plenarsitzung vom 06.11.2024
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich versuche mal, eingangs ein bisschen abzuschichten.

Ich sage erst einmal herzlichen Dank für die Unterrichtung unter expliziter Einbeziehung der Entwicklung bei der Salzgitter AG. Ich will für uns festhalten: Dort sieht sich auch das Ziel zu setzen und dafür einzusetzen, eine vorteilhafte Unternehmensentwicklung zu behalten, die insbesondere die Sicherheit von Arbeitsplätzen mit einbezieht und die die Rechte der Arbeitnehmerschaft starkstellt, hat unsere ganz ausdrückliche Unterstützung.

Es ist ein weiterer Beleg dafür, dass eine Landesbeteiligung an solchen Unternehmen, die abstrakt gerne fürchterlich doll gescholten wird, etwas Gutes ist, weil wir damit die Möglichkeit haben, genau diese für uns wichtigen Instrumente auch starkzustellen, meine Damen und Herren.

Punkt 2: Meyer Werft. Dass wir heute an solch einer Stelle bei der Meyer Werft stehen, ist etwas ausdrücklich Gutes, weil dort genau dieselben Anstrengungen gemacht werden, um Arbeitsplätze zu sichern. Herr Lechner, dass Sie nun versuchen, die Rolle von Wirtschaftsminister Lies dort zu kritisieren, ist aus Ihrer Sicht sogar nachvollziehbar.

Aber wenn jemand eine ausgewiesene Expertise beim Thema Meyer Werft und Zukunft der Meyer Werft hat, dann ist es Wirtschaftsminister Olaf Lies, meine Damen und Herren!

Herr Lechner, Sie haben ja gerade eben sehr viel darüber spekuliert, was der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist. Ich kann Ihnen den Unterschied nennen: Die Leichtigkeit Ihrer Forderungen ist immer dann vorhanden, wenn Sie in der Opposition sind und keine Verantwortung tragen.

Dann erzählt man auch mal und vertritt solche Forderungen wie Sie, in den VW-Aufsichtsrat müsse ein Experte. Der Experte aus Ihrer Sicht war dann ja Herr Dr. Althusmann.

Wissen Sie, was der Unterschied war? - Die Forderung der Opposition zur Forderung der Regierungsverantwortung. Das war der Unterschied. Dann löst sich so etwas auf. Ein Wahlversprechen wird schnell eingepackt - und gut ist.

Ich kann Ihnen auch eines anbieten: Wenn Ihnen die Unterrichtungen, die Sie immer einfordern - Sie haben im Ältestenrat gesagt, Sie wollen die Regierungserklärung und Unterrichtung aber auch im Plenum hören -, im Wirtschaftsausschuss und im

Plenum zu viel sind und Sie das alles nicht haben wollen, dann sagen Sie es! Dann lassen wir es.

Von mir aus können Sie diese Unterrichtung auch im Kultusausschuss bekommen. Aber dann beschweren Sie sich nicht, wenn die Landesregierung die Unterrichtung hier vornimmt, um nachher zu sagen, das sei Ihnen zu viel, und zu fragen, warum einmal hier und einmal dort unterrichtet wird. Was ist denn das für eine Unredlichkeit!

Wir haben hier in diesem Plenum wieder einmal die fortgeschriebene Situation zu VW als Thema: Wo stehen wir? - Wir halten das für ausdrücklich wichtig. Die Bedeutung von VW ist unbestritten, und VW steht dort stellvertretend für viele andere Bereiche.

Ich will auch hier sehr deutlich sagen: Wir sind dankbar für die klare Zielsetzung, die Zukunftsfähigkeit von VW sicherzustellen, um Standorte zu kämpfen und um Arbeitsplätze zu kämpfen. Die hier von der Landesregierung getätigten Kernaussagen haben unsere ausdrückliche Unterstützung.

Wir haben aber, wenn man sich die letzten Wochen anschaut, bestimmte Reflexe, die wiederkehrend zu beobachten sind: Der erste Reflex, der in der öffentlichen Debatte zum Vorschein tritt, ist die Forderung, jetzt müsse auf jeden Fall Lohnzurückhaltung geübt werden. - Es ist richtig, dass die Tarifvertragsparteien verhandeln, Vorstand und IG Metall. Aber wir sagen hier auch ganz deutlich: Die Arbeitnehmerschaft ist nicht für die Situation bei VW verantwortlich.

Sie sind nicht für einen Dieselskandal verantwortlich. Sie sind auch nicht für die fehlende Strategie verantwortlich - da sind wir übrigens beieinander -, schnellstmöglich auch einen E-Volkswagen auf den Markt zu bringen.

Herr Lechner, Sie haben hier eben aus der Zeitung zitiert und gesagt, Sie wollen das gar nicht werten. Dann wollen wir auch gar nicht werten, dass sich die CDU überhaupt nicht in der Lage gesehen hat, auch nur irgendeine einzige Angabe dazu zu machen. Das ist bezeichnend genug.

Wir erlauben uns auch die Anmerkung: Wenn permanent über Lohnzurückhaltung geredet wird, dann nehmen wir auch mit Interesse zur Kenntnis, dass eine solche Zurückhaltung auch bei Managergehältern, Boni und allem, was dazugehört, mit in den Topf gehört.

Der zweite Punkt: Es wird sofort wieder infrage gestellt, ob die Form der Mitbestimmung das Richtige sei. - Wir sagen ganz ausdrücklich: Ja! Diese Form der Mitbestimmung ist die Grundlage für den Erfolg von VW.

Das ist nicht die Grundlage für Kritik, sondern die Grundlage für richtige Maßnahmen. Nach Umsatz: weltweit die Nummer eins. Nach Stückzahlen: die Nummer zwei. So schlecht kann das bisherige Modell der gemeinsamen Mitbestimmung, der gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung nun wirklich nicht gewesen sein.

Drittens. Was dann sofort wieder reflexartig genannt wird, ist das VW-Gesetz. - Meine Damen und Herren, ich finde es bezeichnend, dass die Kritiker immer dann aus ihren Löchern kommen, wenn es eine schwierige Situation gibt. Die Aussage, dass das VW-Gesetz etwas Gutes ist, habe ich in guten Zeiten - die wir nun wirklich sehr lange gehabt haben - bisher nicht gelesen oder gehört.

Ich will ganz deutlich sagen: Ich habe keine Lust mehr darauf, mir in solchen Situationen von irgendwelchen vermeintlichen Experten, die ihre schicken Büros irgendwo in der Welt haben, erklären zu lassen, wie die Welt bei uns in der Theorie sein müsste, während wir hier jeden Tag die Praxis erleben. Wir wissen es hier besser!

Herr Lechner, dass Sie nun ausgerechnet unter Bezug auf jene, die sich „Experten“ nennen und uns von München, Frankfurt und Köln - von auch immer - aus Tipps geben, den Verdacht schöpfen, es könnte irgendetwas nicht richtig gewesen sein! Sie sind schlecht beraten, sie als Grundlage zu nehmen.

Das Ziel unserer gemeinsamen Anstrengung - Ein-satz für die Standorte von VW, Einsatz für die Arbeitsplätze - ist richtig. Wir unterstützen ganz ausdrücklich die Forderung, die Ungewissheit zu nehmen. Ein Weihnachten in Ungewissheit kann keiner von uns wollen. Deswegen sind in der Tat alle Beteiligten aufgerufen, die nächsten Wochen intensiv zum Finden einer gemeinsamen Lösung zu nutzen.

Meine Damen und Herren, wir haben eben auch in der Aussprache sehr intensiv die Debatte über die Frage geführt: Was ist der richtige Weg? Muss man ihn verschieben, erweitern, ergänzen? Aus all dem, worüber wir in den letzten Wochen debattiert haben, spricht der dringende Appell an uns, einen klaren Weg zu gehen, einen eindeutigen Weg zu gehen und nicht so zu tun, als könnte man das nach Belieben über Nacht anders justieren und dann werde es besser. Das macht es schlimmer, meine Damen und Herren, wenn keine Klarheit besteht. Das macht es schlimmer!

Am Montag war die sechste Betriebs- und Personalrätekonferenz. Es hätte gutgetan, wenn möglichst viele dagewesen wären, denn dort wurde genau das gesagt: Klarheit, den Weg hin zum E-Auto zu nehmen - genau diesen Weg zu gehen. Es gab ein, freundlich ausgedrückt, Kopfschütteln im Raum darüber, dass man die Idee haben könnte, dass man Strukturen und Wege von VW-Werken über Nacht

umstellen, neu justieren könnte, und dann wäre es besser. Vielmehr sollten der eingeschlagene Weg jetzt endlich mal konsequent gegangen und - Herr Lechner, an dieser Stelle sind wir möglicherweise sogar beisammen - die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass der Weg hin zur E-Mobilität in der notwendigen Konsequenz gegangen werden kann.

Ich finde, es ist auch Aufgabe von Politik, den Menschen, die unsicher sind - das ist ein ganz natürlicher Prozess; wenn etwas anders wird, ist die Unsicherheit da: Ist das gut? Kann das gut werden? -, diese Unsicherheit durch klare Rahmenbedingungen zu nehmen und zu sagen: Da ist der Weg, auf dem das gelingt. Da muss nachjustiert werden - auch mit Blick auf die Bundesebene, völlig unbestritten.

Das Schlimmste, was jetzt passieren kann, ist, dass wieder einmal ein Politikfeld herangezogen wird, um in einem Zickzackkurs die Verunsicherung nach oben zu treiben. Das dürfen wir nicht zulassen! Der Weg der E-Mobilität mit klaren Rahmenbedingungen ist der richtige Weg.

Verabschieden Sie sich endlich davon, durch die Lande zu ziehen und zu sagen: Wir machen hier ein bisschen was anders, wir machen in Emden ein bisschen Hybrid, und dann wird es gut.

Wir haben ein vergleichbares Beispiel dafür: die erneuerbaren Energien. Wir waren hier in Niedersachsen weit vorne. Dann kam Herr Altmaier, und dann kam der Zickzackkurs. Jetzt wird das gerade mühsam wieder aufgeholt.

Ich kann nur jedem empfehlen, nicht denselben Fehler auf dem Weg hin zur E-Mobilität zu machen, sondern den Menschen die Unsicherheit zu nehmen und nicht mit ihren Ängsten zu spielen, politisch klare Rahmenbedingungen zu setzen und Erfolg damit zu haben und nicht nach dem Prinzip Hoffnung auf etwas zu setzen, von dem wir nicht wissen, ob es kommen kann, ob es irgendwie funktionieren kann - aber wir fordern es mal, weil es schön klingt.

Das ist ein Fehler, und dafür sind Sie verantwortlich, Herr Lechner, Sie und die CDU-Fraktion!

Meine Damen und Herren, dieser unklare Weg, der hier gegangen wird, und dieser Zickzackkurs haben unmittelbar auch zur Folge, dass ein De-Investment vorgenommen wird. Wir brauchen das genaue Gegenteil, um VW stark aufzustellen. Wenn ausgerechnet Sie dann auch noch Demut fordern, Herr Lechner, will ich Ihnen das gerne zurückspiegeln und sagen: Ich fände diese Demut bei Ihnen angebrachter, um endlich mit dieser unverantwortlichen Strategie, mit den Sorgen der Menschen zu

spielen, aufzuhören und einen vernünftigen gemeinsamen, politisch verantwortungsvollen Weg beschreiten zu können.

Wenn Sie einen gemeinsamen Weg wollen, dann liegt es an Ihnen. Ich will abschließend noch einen Punkt ansprechen. Ich glaube, auch diesbezüglich müssen wir uns klar darüber sein, was wir eigentlich möchten. Das ist die Frage: Welche Rolle soll dieser Staat eigentlich spielen?

Es gibt immer wieder die Idee, der Staat müsse auf dem Rückzug sein, dann wäre es gut. Es gibt gerade heute wieder eine Berichterstattung dazu. Ich übersetze das mal: Wenn wir das bei der Meyer Werft gemacht hätten, dann hätten wir sie in die Insolvenz gehen lassen.

Das steckt dahinter.

Solche Ideen kann man nur dann postulieren, wenn man selbst am ehesten mit dem Problem beschäftigt ist, sein eigenes Geld von links nach rechts zu verschieben. Dann kann man sich überlegen: Schwacher Staat - interessiert mich nicht.

Aber was diejenigen angeht, die auf Arbeitsplätze angewiesen sind, diejenigen, die dort ihre Arbeit machen und um ihre Zukunft bangen, sind wir gut beraten, ihnen Sicherheit zu geben. Dafür brauchen wir einen starken Staat.

Deswegen ist dieses ewige Rufen nach einem „Rückzug! Dann ist alles besser“ grundfalsch, meine Damen und Herren. Wir setzen auf einen starken Staat, der handeln kann, der in einer solchen Situation auch Impulse setzen kann, der eine gelingende Transformation unterstützt und der übrigens auch Sozialpartnerschaft unterstützt. Das Erfolgsmodell von VW war und ist eine gelingende Sozialpartnerschaft. Die gilt es, entsprechend zu stärken.

Meine Damen und Herren, Klarheit schafft Vertrauen. Die Opposition macht das Gegenteil. Man kann am Beispiel von Norwegen sehen, wie es gelingen kann. Wir haben alle Chancen dieser Welt, wenn jetzt die richtigen Maßnahmen eingeleitet und auch umgesetzt werden. Wir sind dazu ausdrücklich bereit. Die Einladung an Sie, Herr Lechner: Beteiligen Sie sich! Aber dann müssen Sie wieder auf die Seite der Verantwortung schwenken, um das hinzukriegen.

Klarheit schafft Vertrauen - dafür werben wir.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.